

Dr. Philipp Erbenraut, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Akademischer Rat (DFG-Erstantrag), Antragszeitraum 10/2016 – 09/2019

„When bad men combine, the good must associate...“?

Eine ideengeschichtliche Studie zur Wahrnehmung politischer Parteien in Großbritannien und Deutschland im langen 19. Jahrhundert

Beschreibung des Vorhabens

Die geplante Studie fragt in ideengeschichtlich vergleichender Perspektive nach der Wahrnehmung politischer Parteien in der englischen und deutschen Staatstheorie im „langen 19. Jahrhundert“ (1789–1914).

Konkret lautet die Forschungsfrage: Wie bewertet das politische Denken zwischen Edmund Burke und Robert Michels das Phänomen der politischen Partei?

Dabei sind vor allem drei Hinsichten von besonderem Interesse:

- (1) Welche argumentativen Kontinuitätslinien, aber auch Anregungspotenziale hält der frühe europäische Parteiendiskurs für unsere gegenwärtige Debatte um den Parteienstaat bereit? (Archiv und Arsenal)
- (2) Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es bei der Bewertung politischer Parteien in Deutschland und Großbritannien im langen 19. Jahrhundert? (Vergleich)
- (3) Welche Einflüsse gehen vom englischen politischen Denken der Zeit sowie der bereits weiter entwickelten parlamentarischen Praxis in England auf die deutsche Parteientheorie aus? (Wissenstransfer)

Gab es tatsächlich einen generellen Anti-Parteien-Affekt in der Geschichte des europäischen politischen Denkens? Vorarbeiten zur geplanten Studie lassen im Gegenteil vermuten, dass es bereits vor 200 Jahren eine positive und elaborierte Theorie und Soziologie der politischen Parteien gegeben hat, der ein modernes Parteienverständnis zugrunde lag.

1 Stand der Forschung und eigene Vorarbeiten

Der lateinischen Wurzel des Wortes *pars* nach bezeichnet die Partei den Teil einer Gesamtheit. Aus diesem begriffsnotwendig einseitigen Charakter als bloße Teile des Ganzen ebenso wie aus früh beobachteten Oligarchisierungstendenzen resultierte in Europa lange Zeit eine diskriminierende Missachtung der Parteien (vgl. Faul 1964). Allein das Wort hatte einen traditionell schlechten Klang. Schon Goethe schrieb an Schiller: „Die Fratze des Parteigeistes ist mir mehr zuwider als irgendeine andere Karikatur.“ (Zit. n. Alemann/Erbenraut/Walther 2010: 11) Es waren antike Gemeinwohl- und Ordnungsvorstellungen sowie mittelalterliche Concordia-Lehren, die bis tief in die Neuzeit hinein wirkten und wenig Raum für eine positive Bewertung des Parteiwesens ließen. Die Schwierigkeit, sich auf den Gedanken einer pluralistischen und prozeduralen Gemeinwohlproduktion einzulassen, zeigen noch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vereinzelte Versuche, die politischen Parteien auf ein substanzielles, „überparteiliches“ Gemeinwohl zu verpflichten (vgl. Grewe 1951; Scholz 1983). Angesichts dieser Prüderie hat KLAUS VON BEYME treffend von der „Geschichte eines diskriminierenden Begriffs“ (von Beyme 1978: 732) gesprochen.

Lediglich in England, wo mit den Whigs und Tories bereits im 17. Jahrhundert Prototypen moderner Parteien entstanden waren, erlaubte die theoretische Anerkennung eines vernünftigen Interessen- und Meinungspluralismus innerhalb der Gesellschaft bereits in der Frühen Neuzeit eine neutralere Sichtweise, was HANNAH ARENDT vielleicht zu der Bemerkung veranlasste, Großbritannien sei das einzige größere Land Europas, in dem das Parlament nicht verachtet und das Parteiensystem nicht mit Misstrauen betrachtet werde (vgl. Arendt 1958: 382). Von hier stammen auch die

ersten wissenschaftlichen Deutungsversuche des umstrittenen Sujets. Gern zitiert wird EDMUND BURKE, der sogar das Streben nach Macht als legitimes Anliegen der Parteien in seine Definition aufnahm: „Party is a body of men united, for promoting by their joint endeavours the national interest, upon some particular principle in which they are all agreed.“ (Burke 1770/ 1981: II, 317) Die Bildung einer Partei wird nun erste Pflicht der Patrioten. Denn: „When bad men combine, the good must associate [...]“ (ebd., 315).

Erst nach der politischen Erschütterung, Auflösung und Neuordnung Deutschlands drang der Parteibegriff dann zu Beginn des „langen 19. Jahrhunderts“ (Hobsbawm) langsam und unter Vorbehalten auch in den deutschen Sprachgebrauch ein. Freilich erschwerte bis in den Vormärz hinein das Fehlen von konstitutionellen Anknüpfungspunkten die faktische Ausbildung von Parteien, da das parlamentarische Regierungssystem als ermöglichende Bedingung zumindest auf nationaler Ebene erst in der Revolution von 1848/49 kurzzeitig zum Durchbruch kam. Zuvor konnten sich lediglich in den Einzelstaaten „apokryphe Formen des politischen Parteiwesens“ (Huber 1988: II, 319) herausbilden, vor allem im mittel- und süddeutschen Frühparlamentarismus. Ihre organisatorische Verfestigung wurde jedoch durch ein absolutes Parteiverbot behindert, das 1832 als Reaktion auf das Hambacher Fest im gesamten Deutschen Bund ergangen war.¹ Die Karlsbader Beschlüsse von 1819 hatten bereits durch zahlreiche Grundrechtsbeschränkungen einem freien Parteiwesen den Boden entzogen. Selbst die Verherrlichung ausländischer Parteien stand unter Strafe.²

Allerdings bildet die ereignisgeschichtliche Evolution des Parteiwesens³ für diese Untersuchung lediglich den Hintergrund, vor dem die normativen Aussagen des zeitgenössischen politischen Denkens zum Phänomen der politischen Partei rekonstruiert und analysiert werden. Es geht hier weder um die Geschichte *der* Parteien noch um Ideen *von* Parteien, sondern um Theorien *über* Parteien. Die damit zur Diskussion stehenden ideengeschichtlichen Pfade jedoch, die von der Verfemung über die Duldung und schließlich zur Anerkennung der Parteien in der Geschichte des politischen Denkens führten (vgl. Faul 1964), haben in der Forschung weit weniger Aufmerksamkeit erregt, als die faktische Entstehung einzelner Parteien oder die programmatische Entwicklung innerhalb bestimmter politischer Richtungen. Auch in den einschlägigen Überblickswerken zur Staatsphilosophie und Verfassungsgeschichte fristet die Theorie und Soziologie der politischen Parteien ein Schattendasein (Stolleis 1992; Huber 1991–1957; Grimm 1988; Boldt 1975, Strauss 1972; Sabine 1971). Tatsächlich sind die Parteien bis heute die „Waisenkinder der politischen Philosophie“ (Rosenblum 2008: 2) geblieben.

Dennoch kann die Studie an einige thematisch verwandte Monographien sowie kleinere, spezifisch parteientheoretische Arbeiten anschließen. Sehr aufschlussreich im Hinblick auf die schrittweise Anerkennung des Parteiwesens ist KURT KLUXENS große geistesgeschichtliche Untersuchung zur Legitimierung der Opposition in der englischen Zweiparteienpolitik des 18. Jahrhunderts (vgl. Kluxen 1956). Auch der bereits erwähnte klassische Aufsatz von ERWIN FAUL (1964) über den mühsamen Weg von Verfemung und Ignorierung der Parteien verfolgt hauptsächlich die diesbezügliche Ideenentwicklung in England. Zur Begriffsgeschichte in beiden Untersuchungsländern setzt KLAUS VON BEYMES Artikel in Reinhart Kosellecks Lexikonprojekt „Geschichtliche Grundbegriffe“ nach wie vor die Maßstäbe (vgl. von Beyme 1978). Speziell in Bezug auf Deutschland argumentiert THEODOR SCHIEDER (1974) in einem vielbeachteten Aufsatz, die Parteientheorie habe sich hierzulande vor 1848 in einem luftleeren Raum bewegen müssen, da sie sich wegen der verspäteten Parlamentarisierung nirgends auf Anschauung und Erfahrung habe stützen können. Daher spricht auch Hans Rosenberg (1972) für den deutschen Vormärz anstatt von Parteien lieber von

¹ Zweiter Bundesbeschluss „über Maßregeln zur Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ruhe und Ordnung im Deutschen Bunde“ vom 5. Juli 1832 (vgl. Huber 1978: I, 134).

² Preußische Zensur-Verordnung vom 18. Oktober 1819 (vgl. Huber 1978: I, 106).

³ Die tatsächliche Geschichte der englischen und deutschen Parteien, auch deren Anfangszeit, kann inzwischen als sehr gut erforscht gelten. Vgl. dazu insbesondere für Deutschland: *Hahn/Berding* 2010, *Fehrenbach* 2007, *Fenske* 1994, *Langewiesche* 1978, *Ritter* 1973, *Fricke et al.* 1970-68, *Tormin* 1968, *Bergsträsser* 1965, *Nipperdey* 1961, *Valjavec* 1951. Für Großbritannien: *Ball* 1987, *Brewer* 1976, *Hill* 1976, *Jennings* 1961. Übergreifend: *Scarrow* 2006, *Wende* 1981.

„politischen Strömungen“. Zum Teil gegen die ältere Forschung (vgl. Wende 1975) gelangt UWE BACKES (2000) zu dem Ergebnis, dass der Vorsprung der politischen Linken im Hinblick auf ein zukunftsweisendes Parteiverständnis oft deutlich überschätzt worden sei. Für Teilaspekte der vormärzlichen Parteienproblematik interessieren sich OTTO VOSSLER 1968 (theoretische Rechtfertigung des Parteikampfes) und FRIEDRICH MÜLLER 1965 (Gründung politischer Parteien als Sonderfall der allgemeinen Vereinigungsfreiheit). HARTWIG BRANDTS ausgezeichnete Analyse der geistesgeschichtlichen Grundlagen landständischer Repräsentation zwischen 1815 und 1848 bietet für das Vorhaben ebenfalls zahlreiche Anknüpfungspunkte (vgl. Brandt 1968), da die theoretische Durchdringung des beginnenden Parlamentarismus für das Nachdenken über mögliche Funktionen oder die verfassungsrechtliche Stellung von Parteien eine wichtige Voraussetzung bildet.

Auch in Großbritannien kam die jüngere Parteiendebatte Anfang der 1970er Jahre (wieder) in Gang. Im Jahr 1972 veröffentlichte der kanadische Politikwissenschaftler J. A. W. GUNN unter dem programmatischen Titel „Factions no more“ eine Quellenedition mit Auszügen aus 74 Beiträgen bis dato kaum bekannter englischer Autoren, die einen beginnenden Wandel der Wahrnehmung politischer Parteien bereits im England des frühen 18. Jahrhunderts erkennen ließen. Gunn wollte mit dieser Arbeit dem Vorurteil entgegentreten, „that no one before Burke had much of interest to say about political parties“ (Gunn 1972: xi). Indes habe gerade die Nichtbeachtung anonymen oder vermeintlich unbedeutender Denker in der Forschung zu einer Unterschätzung des großen Umfangs parteienfreundlicher Literatur vor Burke geführt (vgl. ebd., xii). Den Funktions- und Bedeutungswandel der Zuschreibungen „whig“ und „tory“ im politischen Diskurs sogar schon ab dem 17. Jahrhundert untersucht JÖRN LEONHARD (2002). Ähnlich war früher ROBERT WILLMAN (1974) vorgegangen. Dennoch liegt der Schwerpunkt der Forschung weiterhin vor allem auf der entwickelten Parteientheorie nach 1800. Als Beleg mag die einschlägige Textsammlung von SUSAN SCARROW (2002) dienen. In den zahlreichen Originalbeiträgen zum Teil vergessener europäischer Denker des 19. Jahrhunderts, die die Autorin zusammengetragen (aber nicht vergleichend ausgewertet) hat, spiegeln sich Auseinandersetzungen um die adäquate Rolle politischer Parteien im Gesetzgebungsprozess genauso wider wie Diskussionen über die Beziehung der Parteien zu anderen politischen Institutionen oder das Spannungsverhältnis zwischen traditionellem Antiparteienaffekt und der Notwendigkeit parteipolitischer Organisation in der repräsentativen Demokratie.

Die gegenseitige Beeinflussung im frühen deutsch-britischen Parteiendiskurs war ebenfalls schon Gegenstand kleinerer Untersuchungen. So lässt sich zum Beispiel minutiös belegen, wie sich die positiven Parteiauffassungen von Hegel direkt aus der Beobachtung englischer Parlamentsdebatten formten (vgl. Erbentraut 2014; Klenk 1932).

Eigene Vorarbeiten

Abgesehen von der gründlichen Rezeption der einschlägigen Literatur stellt die zentrale bereits geleistete Vorarbeit für das geplante Projekt die Dissertation des Antragstellers zur Theorie und Soziologie der politischen Parteien im deutschen Vormärz dar (vgl. Erbentraut 2016, i. E.). Insgesamt wurden für die Dissertation mehrere hundert publizistische und staatsphilosophische Quellen aus der Zeit von 1815 bis 1848 untersucht und hinsichtlich bestimmter normativer Aussagen zum Phänomen der politischen Partei ausgewertet. In Bezug auf die Wahrnehmung politischer Parteien im Vormärz führte die Arbeit zu einer (Teil-)Revision des bisherigen Forschungsstandes. Folgende zentrale Ergebnisse wurden festgehalten (vgl. ebd: 260 ff.):

Erstens existieren bereits lange vor 1848 quer durch alle politischen Lager positive und ausdrücklich parteienbefürwortende Stellungnahmen. Von einem generellen Anti-Parteien-Affekt im politischen Denken des 19. Jahrhunderts, etwa gar in Form eines ideologischen Paradigmas kann hierzulande jedenfalls keine Rede mehr sein.

Ein *zweiter* zentraler Befund der Dissertation betrifft den vormärzlichen Parteeibegriff. So kann ebenfalls gegen den bisherigen Forschungsstand gezeigt werden, dass das politische Denken im Vormärz unter Parteien keine bloßen Gesinnungsgemeinschaften mehr verstand, sondern reale politische Organisationen, die öffentlich miteinander um die Staatsgewalt konkurrieren.

Drittens lassen die genannten Vorarbeiten bereits erahnen, wie prägend ausländische Einflüsse, vor allem aber der englische Parlamentarismus für die deutsche Parteientheorie waren und sind. Die in England bereits zu Beginn des 18. Jahrhunderts verbreitete Überzeugung, nach der Parteien geradezu Garanten von Freiheit und Volkssouveränität seien, verbreitete sich – lediglich mit einer Verspätung von ziemlich genau 100 Jahren – im Vormärz dann auch in Deutschland.

Schließlich ist es erstaunlich, wie bis in die Formulierungen hinein im Vormärz Positionen sichtbar werden, die fast alle modernen theoretischen Konzepte der politikwissenschaftlichen Parteienforschung zu antizipieren scheinen. Die damals gefundenen Antworten mögen im Sinne der Vorwegnahme bestimmter Ideen und Begriffe – Volksparteien, staatliche Parteienfinanzierung, fluides Fünfparteiensystem, Parteienfamilien etc. – für den einen oder anderen Aha-Effekt sorgen. Darüber hinaus geht es in der Studie jedoch darum, diese faszinierende Vielfalt der Ideen der damaligen Debatte sichtbar und somit anschlussfähig für aktuelle Fragestellungen der Parteienforschung zu machen.

1.1 Projektbezogene Publikationen

1.1.1 Veröffentlichte Arbeiten aus Publikationsorganen mit wissenschaftlicher Qualitätssicherung, Buchveröffentlichungen sowie bereits zur Veröffentlichung angenommene, aber noch nicht veröffentlichte Arbeiten.

Theorie und Soziologie der politischen Parteien im deutschen Vormärz 1815–1848, Tübingen: Mohr Siebeck, 2016, i. E.

Ein kritischer Freund der Parteien. Hegels Auffassung der politischen Partei war differenzierter als bislang angenommen, in: Hegel-Studien 48 (2014), S. 95-123.

Mitarbeit an: Ulrich von Alemann: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, 4. Aufl., Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 2010 (gemeinsam mit Jens Walther).

1.1.2 Andere Veröffentlichungen

Hans Rosenberg und die vormärzliche Parteientheorie, in: Walter Reese-Schäfer und Samuel Salzborn (Hrsg.): Die Stimme des Intellekts ist leise. Klassiker/innen des politischen Denkens abseits des Mainstreams, Baden-Baden 2015b, S. 221-244.

Ist ein Verbot der NPD sinnvoll? Die Pioniere der deutschen Parteientheorie im Vormärz wären skeptisch, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 1/2013, S. 98-106.

Karl Rosenkranz als Parteienforscher, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 21 (2009), S. 121-142.

Radikaldemokratisches Denken im Vormärz. Zur Aktualität der Parteientheorie Julius Fröbels, in: MIP 15 (2008/09), S. 5-15.

Artikel „Parteien“, aus: Lexikon zu Restauration und Vormärz. Deutsche Geschichte 1815 bis 1848, hrsg. von Andreas C. Hofmann, in: historicum.net.

2 Ziele und Arbeitsprogramm

2.1 Voraussichtliche Gesamtdauer des Projekts

Die voraussichtliche Gesamtdauer der Studie beträgt 36 Monate. Antragszeitraum ist der 01.10.2016 bis 30.09.2019.

2.2 Ziele

Ermutigt durch die vielversprechenden Befunde aus den Vorarbeiten soll das geplante Forschungsprojekt gegenüber der Dissertation des Antragstellers nun sowohl zeitlich – vom Vorabend der Französischen Revolution über die englische Wahlrechtsreform bis zum Ende des Deutschen Kaiserreichs – als auch räumlich – unter Beibehaltung Deutschlands und der Hinzunahme Großbritanniens – noch einmal erheblich ausgeweitet werden und so eine umfassende ideengeschichtliche Analyse der Anfänge europäischer Parteientheorie in vergleichender Perspektive im sogenannten langen 19. Jahrhundert ermöglichen. Die gewählten Vergleichsfälle reflektieren dabei Extreme der verschiedenen Entwicklungspotenziale europäischer Parteientheorien. In den beiden Nationen entwickelte sich das Parteiwesen sehr unterschiedlich. Diese Differenzen beeinflussten auch die theoretische Rezeption nachhaltig. Ohne hier im Einzelnen auf die ganz unterschiedlichen Ausgangslagen, Traditionen und Herausforderungen eingehen zu können, ließe sich die Beziehung beider Länder vorerst in der Art eines klassischen Gegensatzpaares vorstellen: Großbritannien als konstitutioneller Vorreiter und Deutschland in der Rolle des strukturellen Nachzüglers. Mit dieser Aufstellung rücken die bislang vernachlässigten ideengeschichtlichen Grundlagen der heutigen Parteienforschung im politischen Denken zwischen Edmund Burke und Robert Michels in den Fokus einer näheren Betrachtung. Demgegenüber ist in der aktuellen Diskussion über die Parteien und den Parteienstaat eine eklatante normativ-theoretische „Unterzuckerung“ unverkennbar – das aktuelle „Handbuch Parteienforschung“ für Deutschland etwa verzeichnet nicht einen einzigen genuin theoriegeschichtlichen Beitrag (vgl. Niedermayer 2013). 40 Jahre zuvor noch hatte der Historiker THOMAS NIPPERDEY ausdrücklich auf die besondere Nähe zwischen Parteiorganisationen und den sie stützenden Ideenkreisen verwiesen. Die „ideologische Orientierung“ sei geradezu ein „Grundzug des deutschen Parteiwesens“ (Nipperdey 1973: 53). Von solchem „Idealismus“ ist die heutige Parteienforschung weit entfernt. Versucht man sich ausnahmsweise dennoch einmal des eigenen geistesgeschichtlichen Erbes zu versichern, so reicht die Ahnensuche doch selten über die Parteiensoziologie Robert Michels' und damit über den Beginn des 20. Jahrhunderts zurück. Die Parteiendefinition Edmund Burkes aus dem Jahr 1770 gar muss aus dieser Perspektive als verirrt, auf alle Fälle aber folgenloses Wetterleuchten eines präpotenten Solitärs erscheinen. Diese verbreitete Haltung hat jedoch zu einer Unterschätzung der Anzahl, vor allem aber des geistigen Potenzials der wahren Pioniere der Parteienforschung im langen 19. Jahrhundert geführt. Deshalb wurden die parteientheoretischen Schätze dieses Zeitalters bislang auch noch nicht in aktualisierender und erst recht nicht in vergleichender Absicht gehoben. Ein solches Unternehmen soll hier nun erstmals in Angriff genommen werden. Drei Aspekte sind dabei von besonderem Interesse:

Erstens: Welche argumentativen Kontinuitätslinien, aber auch Anregungspotenziale hält die parteientheoretische Diskussion dieser formativen Phase der Parteientwicklung für unsere Gegenwart bereit? Die projektbezogenen Vorarbeiten des Antragstellers deuten hier bereits an, dass die Fragen, die sich zeitgenössische Beobachter beim ersten Auftauchen politischer Parteien stellten, auf verblüffende Weise jenen ähneln, die auch die moderne Parteienforschung beschäftigen. Konstitutionell kaum eingehegt, verlief die damalige Diskussion so dynamisch, phantasievoll und facettenreich wie zu keinem späteren Zeitpunkt. Vielleicht kann das ideengeschichtliche Archiv auf diese Weise sogar das zukünftige argumentative Arsenal in der Auseinandersetzung um den Parteienstaat bereichern.

Zweitens geht es um den eigentlichen Ländervergleich Deutschland – Großbritannien hinsichtlich bestimmter normativer Aussagen zum Phänomen der politischen Partei. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es im jeweiligen politischen Denken in Bezug auf das neue Phä-

nomen? Gemeinsam dürfte beiden Ländern zum Beispiel sein, dass sich die normative Diskussion um den legitimen Standort der Parteien in einem wohlgeordneten politischen System – hier wie dort – im Spannungsfeld der gesellschaftlichen Herkunft der Parteien bei gleichzeitiger Orientierung auf die Übernahme der Staatsleitung bewegt. In anderen Bereichen – etwa der tatsächlichen Rechtsstellung der Parteien – müssten dagegen sicherlich die historischen Diskontinuitäten stärker betont werden.

Drittens steht für den gewählten Untersuchungszeitraum die Frage nach Art und Umfang des europäischen Wissenstransfers in Bezug auf die politischen Parteien auf der Agenda. Im Besonderen soll hier geklärt werden, welche englischen Einflüsse maßgeblich für die Formulierung einer deutschen Parteien- und Parlamentarismustheorie im 19. Jahrhundert waren. Dabei lief der Transfer von parteientheoretischem Wissen nicht unbedingt nur in Richtung einer Einbahnstraße ab. Vielmehr zeichnen sich Wahlverwandtschaften ab, die sich bei näherem Hinsehen wahrscheinlich als Import und Re-Import von Gedankengut entpuppen würden. Schließlich standen Deutschland und Großbritannien innerhalb des Untersuchungszeitraums in einem angeregten, nie abbreißenden Diskurs über politische Fragen, der sprachliche, kulturelle und geographische Grenzen überwand. In diesem Labor politisch-gesellschaftlicher Neuordnung beobachteten die Analytiker einander jederzeit aufmerksam, studierten neugierig die Experimente der Nachbarn und suchten nach originellen Formeln und Modellen, die sie für ihre jeweils eigenen Forschungen aufnehmen oder verwerfen konnten. Parteientheorien können deshalb nicht zuletzt als Strang eines offenkundig transnational geführten Diskurses über die Zukunft von Staat und Gesellschaft gelesen werden.⁴

2.3 Arbeitsprogramm inkl. vorgesehener Untersuchungsmethoden

2.3.1 Geplantes Vorgehen und Methodenwahl

Die Politische Ideengeschichte ist das Archiv der Politikwissenschaft, zugleich aber auch ihr Arsenal (vgl. Llanque 2008: 1 ff.). Das bedeutet, dass die Teildisziplin sich nicht auf das bloße Sammeln und Aufbewahren von Theorien – auf die Pflege des Archivs – beschränken darf. Ideengeschichte bewährt sich vielmehr, indem sie „mit der Aufarbeitung historischer Politik-Konzepte das Reflexionsmaterial zur Diskussion aktueller Probleme“ (Bermbach 1981: 191) bereitstellt (Arsenal-funktion). Indem sie mit Blick auf das Gestern zu ergründen versucht, was das Heute prägt und das Morgen bringen mag, ist die Ideengeschichte „ein Teil des Deutungskampfes der Gegenwart“ (Llanque 2008: 3). Dementsprechend sucht auch die geplante Studie ihren Ausgangspunkt nicht in einer sich selbst genügenden, reinen Rekonstruktion vergangenen politischen Denkens, sondern sie möchte umgekehrt jene Elemente der Theorie und Soziologie politischer Parteien, die in der Gegenwart wirksam sind, auf ihre Ursprünge zurückführen, um damit im Idealfall neue Perspektiven für die zukünftige Beschäftigung mit diesen Gegenständen (wieder) zu gewinnen.

Aber wie lassen sich nun jene Kategorien theoretisch herleiten, die zur Klärung der Wahrnehmung politischer Parteien konstitutiv sind? Vereinfacht gesagt, indem man den Gegenstand von allen Seiten wendet und betrachtet. Ich möchte hier deshalb ein Modell konzentrischer Kreise vorschlagen, in dem die normativen Aussagen der Theoretiker – gewissermaßen von außen nach innen – hinsichtlich dreier Dimensionen sortiert werden:

1. Bezüglich der den Parteien zugeschriebenen *Funktionen* innerhalb des politischen Systems (und damit der Außenperspektive),
2. der theoretischen Rechtfertigung ihres *Wettbewerbs* (Zwischenperspektive),
3. und schließlich der Frage der inneren *Parteiorganisation* (oder Binnenperspektive)

⁴ Sicherlich wäre in diesem Zusammenhang auch der Blick auf die andere Seite des Atlantiks unter Einbeziehung des US-amerikanischen Verfassungsdiskurses reizvoll. Man denke nur an die detaillierte Erörterung repräsentativer Institutionen in den *Federalist Papers*. Auch der frühe Parteiendiskurs in Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts – Lenin! – wäre perspektivisch sicherlich ein lohnendes Forschungsziel. Nicht zuletzt aufgrund des zur Verfügung stehenden Zeitrahmens möchte sich der Antragsteller in dieser Studie jedoch zunächst der Diskussion in den drei großen westeuropäischen Ländern widmen.

Diese drei großen Analysekategorien konnten bereits vor Beginn der eigentlichen Quellenarbeit und auf der Grundlage weiterer Vorüberlegungen zu einem heuristischen Suchsystem in Form eines relativ fein gegliederten Leitfragen-Rasters für die Auswertung des ideengeschichtlichen Materials weiterentwickelt und ausdifferenziert werden. Die provisorische Formulierung dieser forschungsanleitenden Fragen basierte dabei einerseits auf stichprobenartigen Inhaltsanalysen einiger laut Forschungsstand besonders relevant erscheinender Quellentexte. Andererseits war sie das Resultat einer hermeneutischen Vorab-Erfassung zentraler, immer wiederkehrender Topoi der aktuellen Parteienforschung.

Raster forschungsanleitender Analysekategorien für die ideengeschichtliche Quellenarbeit:

1) Funktionen und Rolle der Partei im politischen System (Außenverhältnis)

- a. Zugeschriebene Aufgaben
 - i. Willensbildung/ Beeinflussung der öffentlichen Meinung, Interessenaggregation
 - ii. politische, patriotische, religiöse Bildung/ Erziehung der Bürger/ Emanzipation
 - iii. Verwirklichung v. Volkssouveränität (Gemeinwohl, Freiheit, Fortschritt, Demokratie)
 - iv. Mitwirkung bei der Gesetzgebung, politische Arbeit im Parlament
 - v. Elitenrekrutierung, Übernahme von Regierungsämtern bzw. der Staatsgewalt
 - vi. Sozialreform, Lösung der sozialen Frage, Organisation des Proletariats
 - vii. Entlastung des Staates, Aufbau der Zivilgesellschaft
 - viii. Außenpolitische Agenda, europäische Einigung, Friedenssicherung
- b. Verhältnis zu anderen staatlichen und gesellschaftlichen Organen und Institutionen
 - i. (monarchische) Regierung
 - ii. Parlament, Abgeordnete
 - iii. Bürger, Volk
 - iv. Verwaltung, Beamte
 - v. Justiz
 - vi. Publizistik/ Medien
 - vii. Wissenschaft, Universität, Forschung, Kunst
- c. Konkurrierende Ansätze der Interessenvermittlung
 - i. Stände
 - ii. Berufsvertretungen, Zünfte, Verbände
 - iii. Geheimgesellschaften
 - iv. Verwaltung
 - v. Monarch

2) Parteienwettbewerb und Parteiensystem (Zwischenverhältnis)

- a. Theoretische Rechtfertigung des Parteikampfes, potenzieller Nutzen und Schaden, metaphorische Deutung des Parteienwettbewerbs
- b. Rechtlich-institutionelle Rahmenbedingungen
 - i. Gründungsfreiheit, Assoziationsrecht, Versammlungsfreiheit
 - ii. Rede- und Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Chancengleichheit
 - iii. Anerkennung Mehrheitsregel, Wechselspiel Majorität – Minorität
 - iv. Staatliche Restriktionen, Parteiverbote, Zerfall, Auflösung
 - v. Parteienfinanzierung
- c. Parteienseigenschaften
 - i. Format
 1. Anzahl der vorhandenen Parteien (Ein-, Zwei- oder Mehrparteiensysteme)
 2. Fragmentierungsgrad, Größenverhältnisse
 - ii. Mechanik
 1. Polarisierungsgrad (multipolar, bipolar, Lager, Blöcke)
 2. Richtung der Auseinandersetzung (hegemonial, harmonisch, zentrifugal, zentripetal)
 3. Vorhandensein und Stärke von Parteienfamilien, Koalitionsfähigkeit, Segmentierung (Abschottung oder Kooperation)

- d. Mittel des Parteikampfes
 - i. Theoretische Propaganda (Medien, Partei- und Wahlversammlungen etc.)
 - ii. Praktische Mittel
 - iii. Propaganda der Tat (Gewalt, Revolution)
- e. Gegenstände des Parteikampfes

3) Parteiorganisation und Wandel der Parteien (Innenverhältnis)

- a. Ideen zur Entstehung und Entwicklung von Parteien
 - i. Stufenmodelle, Dialektik, Ideen, Prinzipien
 - ii. Sozialstrukturelle Theorien (Konfliktlinien)
 - iii. Milieuthorien, Mentalitäten, Lebensalter
 - iv. Interessentheorien, Materialismus
- b. Interne Parteistrukturen
 - i. Aufbau und Veränderung der Organisation
 - ii. Parteimitglieder (Typologie, Rechte, Pflichten, Motive)
 - iii. Innerparteiliche(r) Pluralismus, Demokratie versus Parteidisziplin
 - iv. Parteiausschluss

Dieses Suchsystem soll idealerweise vom Beginn der Studie an eine zielgerichtete Lektüre und systematische Auswertung der Quellen ermöglichen, indem die Texte in Analyseeinheiten zerlegt und anschließend mittels hermeneutischer Verfahrensweisen auf relevante Informationen hin untersucht werden. Mit zunehmender Quellenkenntnis und in ständigem Dialog mit den heutigen Fragestellungen können die kleineren Analysekatoren im Laufe der Bearbeitung immer weiter nachjustiert werden. Neue Hinsichten mögen hinzukommen, andere werden vielleicht gestrichen oder mit benachbarten Kategorien zusammengelegt. Das theoretisch abgeleitete Kategoriensystem wird somit anhand des Materials überprüft und abgeglichen. Insofern sich dieses Vorgehen der Offenheit qualitativer Methoden für die Entwicklung des Kategoriensystems bedient, handelt es sich bei der geplanten Studie um eine „qualitative Inhaltsanalyse“ in Anlehnung an Philipp Mayring (vgl. Mayring 2007: 24-41).

Der Vergleich schützt dabei vor voreiligen Sonderwegthesen. Er fördert zutage, welche normativen Aussagen über Parteien tatsächlich nationale Besonderheiten darstellen und welche Meinungen zum gesamteuropäischen Gedankengut zählen. Obwohl es weder an theoretischer Fundierung (vgl. Kaelble 2003; Haupt/Kocka 1996; Schieder 1965) noch an praktischen Beispielen (vgl. Osterhammel 2009; Leonhard 2001; Fenske 2001; Kocka 1988) für die Fruchtbarkeit von Vergleichen in diesem Feld fehlt, bildet die komparative Methode in den historisch orientierten Geistes- und Sozialwissenschaften hierzulande nach wie vor die Ausnahme.

Zudem wird die ideengeschichtliche Erforschung des politischen Denkens des 19. Jahrhunderts bislang dominiert von einer historisierenden und zudem stark autorenzentrierten Darstellungsweise eines mehr oder minder immer gleichen Kanons großer Denker und deren klassischer Texte. Dadurch erhalten viele ansonsten verdienstvolle Arbeiten bedauerlicherweise den Charakter einer bloß additiven Aneinanderreihung von Mini-Monographien über kluge Köpfe, deren Einordnung in Schulen sich – von einigen Schattierungen abgesehen – zumeist anhand der dichotomischen, hermeneutisch aber ausgezehrten Lagergrenze von Konservatismus und Liberalismus vollzieht.

Anstelle derartiger Gipfelwanderungen möchte sich die Studie ihrem Gegenstand problemorientiert, auf breiter Quellenbasis und ausgestattet mit einem Katalog konkreter Forschungshinsichten widmen. In gewisser Weise kommt es somit zu einer Aufwertung der Texte gegenüber den Autoren, da es in erster Linie um die Aufdeckung von Argumentationsmustern geht und weniger um Originalitätsbeweise der großen Meister. Im Gegenteil wird gerade keine Vorab-Gewichtung zugunsten besonders bedeutend erscheinender Denker vorgenommen. Die unbefangene Annäherung auch an die sogenannten Autoren zweiten und dritten Ranges führt vielmehr zu einer Bewertung, die sich erst aus den Quellen selbst ergibt.

Ganz neu ist dieser Ansatz nicht. Er kann sich vielmehr auf frühere methodische Erwägungen des deutschen Historikers und Meinecke-Schülers HANS ROSENBERG (1904–1988) berufen, der bereits Ende der 1920er Jahre, also lange vor Michel Foucault oder den Historikern der Cambridge School, dazu überging, problemorientierte Studien auf erheblich ausgeweiteter Quellengrundlage zu betreiben und somit gegenüber individualisierenden Ansätzen „typologische Geschichtsauffassungen“ stärker zu betonen (vgl. Erbentraut 2015b). Letzten Endes liefen seine Überlegungen auf den Versuch hinaus, „kollektive Ideengeschichte, d. h. geistige Gruppengeschichte zu schreiben und sozusagen eine ‚aristokratische‘ Betrachtungsweise des Kulturlebens durch eine ‚demokratische‘ zu ergänzen“ (Rosenberg 1972: 10). Grundlage dieses, wie er selbst meinte, „vulgärerem“ geistesgeschichtlichen Ansatzes war für Rosenberg die Erkenntnis, dass „schriftstellerisch aktive Intellektuelle zweiten und dritten Ranges, die geistiges Gold in Silber und Kupfer zu verwandeln wußten, historisch nicht weniger beachtenswert als die eminenten Köpfe sind“ (ebd., 10 f.).

Die Studie möchte die methodischen Anregungen Rosenbergs wieder aufnehmen und versuchen, die potenzielle Fruchtbarkeit seines Ansatzes anhand der Theorie und Soziologie der politischen Parteien zu demonstrieren. Sie versteht sich in methodischer Hinsicht somit zugleich als Plädoyer und Anwendungsfall für eine demokratisierte Ideengeschichte der mittleren Textebene, die neben den absoluten Gipfeln der Geistesgeschichte auch die mitunter fruchtbaren Hochebenen und Hüggellandschaften des politischen Denkens in den Blick nehmen sollte. Dies hat unter anderem Konsequenzen für die grundsätzliche Organisation der Untersuchung, die sich nicht in erster Linie an einzelnen Autoren oder ideologischen Lagern orientiert, sondern entlang damals wie heute sich stellender Fragen und Probleme im Umgang mit den Parteien erfolgt.

Den historisch-theoretischen Rahmen bildet dabei die allmähliche Durchsetzung des parlamentarischen Regierungssystems im sogenannten langen 19. Jahrhundert. Oder mit anderen Worten: die Zulassung gesellschaftlicher Mitsprache bei staatlichen Entscheidungen in institutionalisierter Form. Die Öffnung und Ausdifferenzierung des politischen Systems machte aus funktionaler Perspektive die Entstehung intermediärer Organisationen notwendig, um zwischen dem gesellschaftlichen Interessenpluralismus und der staatlichen Handlungs- und Wirkungseinheit zu vermitteln. Diese Aufgabe fiel geschichtlich den Parteien zu, deren Auftauchen jedoch augenblicklich zu lebhaften Diskussionen über ihren normativen Standort zwischen der staatlichen und gesellschaftlichen Sphäre führte.

Im Untersuchungszeitraum lassen sich – nicht zuletzt aus arbeitsökonomischen Erwägungen im Hinblick auf die Durchführbarkeit der Studie – vier Kristallisationspunkte identifizieren, an denen sich der Parteidiskurs jeweils spürbar intensiviert und zu einer tieferen theoretischen Durchdringung des Phänomens der politischen Parteien führt. Auf diese Wendepunkte oder Wegmarken bei der Wahrnehmung politischer Parteien soll sich die Studie besonders konzentrieren. Mit jeder *chronologischen Etappe* verbindet sich nämlich zugleich jeweils ein **thematischer Schwerpunkt** der Auseinandersetzung mit dem Untersuchungsgegenstand:

1. *Ende des 18. Jahrhunderts*: Die Französische Revolution wird in ganz Europa zum Ausgangspunkt eines sich intensivierenden Diskurses über die generelle **Zulässigkeit von Teilgesellschaften innerhalb des Staatsganzen**. Nahezu gleichzeitig gelangen in Großbritannien mit dem Regierungsantritt Pitts des Jüngeren ab 1782 vermehrt liberale und damit assoziationsfreundliche Einflüsse in die Staatsleitung hinein. Schon einige Jahre zuvor hatte EDMUND BURKE mit seiner berühmten Parteidefinition von 1770 erstmals sogar das Streben nach Macht als legitimes Ziel politischer Parteien erklärt. Just auf dasselbe Jahr datiert FRITZ VALJAVEC die „Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland“ (Valjavec 1951).
2. *1830 bis 1848/49*: Mit der geplanten Demokratisierung des Wahlrechts im Zuge der großen Wahlrechtsreform von 1832 erscheint in Großbritannien plötzlich die Möglichkeit der dauerhaften Etablierung einer dritten, „radikalen“ Partei, die das seit der Mitte des 17. Jahrhunderts eingeübte Kräftegleichgewicht zwischen Whigs und Tories ins Wanken geraten zu lassen droht. Von hier strahlen starke theorie- und verfassungspolitische Impulse auf den deutschen Parlamentarismus- und Parteidiskurs im deutschen Vormärz aus. Die Notwendigkeit politischer Parteien für das parlamentari-

sche Regierungssystem wird von den Führern des deutschen Frühliberalismus nun kaum noch grundsätzlich in Zweifel gezogen. In dieser Phase steht deshalb die Frage nach dem potenziellen **Nutzen des Parteienwettbewerbs** im Zentrum der Debatte.

3. *1860 bis 1875*: Die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 bildet den vorläufiger Abschluss der „Konstitutionalisierung Europas“ (Samuel E. Finer). Dabei geht in Deutschland die Einführung des allgemeinen Wahlrechts (für Männer) der eigentlichen Parlamentarisierung des Landes voraus. Die Regierung hingegen soll nach dem Willen des Staatsrechts der konstitutionellen Monarchie parteifrei bleiben (vgl. Treitschke 1897: I, 148). Ganz anders in Großbritannien, wo das Parlament und damit auch die politischen Parteien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts längst das eigentliche Machtzentrum bilden. Die zweite Wahlrechtsreform unter Disraeli 1867 führt hier zwar nahezu zu einer Verdopplung der Zahl der Wahlberechtigten, schließt jedoch weiterhin große Teile der Arbeiter und Landbevölkerung aus. Diese Prozesse bilden den ereignisgeschichtlichen Rahmen für eine vertiefte Analyse der **Rolle und Funktionen der Parteien in Parlament und Regierung**.
4. *1890er Jahre*: Mit dem Aufschwung der Massenparteien, vor allem der Arbeiterbewegung wächst schließlich das Interesse an Fragen der **Parteiorganisation und Kandidatenaufstellung**. Mit der Aufhebung der Sozialistengesetze 1890 steigt die SPD, was Mitgliederzahlen und Wahlergebnisse betrifft, in den folgenden Jahren zur stärksten Partei Deutschlands auf. Anhand der deutschen Sozialdemokratie entwickelt ROBERT MICHELS gegen Ende des Kaiserreichs sein „ehernes Gesetz der Oligarchie“, wonach zwangsläufig jede Organisation zur Oligarchie tendiert (vgl. Michels 1989). Auch die Debatten in der Gründungsphase der britischen Labour Party sind in diesen Jahren maßgeblich von unterschiedlichen Ansichten über die Organisation der Partei sowie Fragen der Kandidatenkür und möglicher Wahlbündnisse geprägt.

2.3.2 Quellen, Materialzugang und Durchführbarkeit der Studie

Die textliche Grundlage der Studie sollte sich nach Möglichkeit nicht als impressionistisches Sammelsurium verstreuter Zufallsfunde oder intuitiver Suchaktionen ergeben (vgl. Leonhard 2001: 78; Reichardt 1985: 84 f.). Um einen hohen Repräsentationsgrad zu erreichen und gleichzeitig dem eigenen methodischen Anspruch einer demokratisierten Ideengeschichte gerecht zu werden, sind gleichzeitig möglichst viele Texte einzubeziehen, die gehaltvolle Ergebnisse bezüglich der Wahrnehmung des Phänomens der Partei im politischen Denken der gewählten Epoche erwarten lassen. Prinzipiell kommen somit aus dem Untersuchungszeitraum alle Texte in Frage, die normative Aussagen über politische Parteien enthalten. Die Anforderungen daran, was eine Parteitheorie leisten muss, werden dabei allerdings auf ein Mindestmaß an Abstraktionshöhe, Systematik und Konsistenz begrenzt.

Schon VON ALEMANN hat in seiner Dissertation 1973 darauf hingewiesen, dass die Auffassungen über Parteien, mit denen wir es als Archäologen der Ideenwelt des 19. Jahrhunderts in der Regel zu tun bekommen, den Ansprüchen einer „Theorie“ im strengen sozialwissenschaftlichen Sinne nicht genügen. Vielmehr tragen diese Aussagen den Charakter einer mitunter chaotisch anmutenden Menge aus „normativen Setzungen und Postulaten, generalisierenden Sätzen und selten geprüften empirischen Hypothesen, Modellannahmen und historischen Beschreibungen. Alle befinden sich wiederum in einem Netz von anderen Sätzen und Annahmen [...], aus dem sie kaum zu lösen sind“ (von Alemann 1973: 24).

Wenn in dieser Studie dennoch mit einiger Berechtigung von Parteitheorien gesprochen werden soll, dann vielleicht am ehesten in dem weiten Sinne, den GEORGE SABINE 1969 für den Bereich der Ideengeschichte vorgeschlagen hat. Eine politische Theorie soll demnach aus drei Elementen bestehen: einer Beschreibung der Fakten, einer Analyse der kausalen Zusammenhänge sowie einer These darüber, was geschehen oder getan werden sollte (vgl. Sabine 1969: 12). Diese relativ offene Definition genießt den Vorzug, nicht zu empirisch-positivistisch zu sein. Im politischen Denken des 19. Jahrhunderts spielt das normative Element – also die Frage, was getan werden soll – eine viel größere Rolle als in den meisten zeitgenössischen Theorien. Dennoch sollten interessante Ideen nicht voreilig durch zu enge formale Beschränkungen ausgeschlossen werden. Grundsätzlich lassen sich für die Studie drei Quellenarten unterscheiden:

- **Handbuch- und Lexikonbeiträge**

Zeitgenössische lexikalisch-encyklopädische Quellen bilden den Ausgangspunkt der Analyse. Sie werden auf einschlägige Stichworte aus dem Bereich Parteien und Parlamentarismus hin ausgewertet. Von Interesse sind hier aus methodischer Sicht vor allem auch jene Artikel, in denen das Schlagwort „party/Partei“ gerade nicht auftaucht: wie etwa Assoziation, Bund, Verein, Gesellschaft, Fraktion, Faction, Opposition, politische Strömung, Schule, Prinzip, Ideologie.

- **Monographien**

Hierunter fallen Einzeldarstellungen eines oder mehrerer Autoren, die sich entweder komplett dem neuen Phänomen der politischen Partei widmen oder zumindest parteientheoretische Bezüge enthalten, etwa einzelne Kapitel aus Werken zur allgemeinen Staatslehre. Ausnahmsweise kommen aber auch zeitgenössische Reden, Flugschriften, Katechismen, Lieder, Gedichte oder Briefe in Betracht, sofern sie in der laut Forschungsstand einschlägigen Literatur oder in anderen Quellen besondere Erwähnung finden.

- **Zeitungs- und Zeitschriftenartikel**

Periodische Quellen bildeten die Kristallisationspunkte der öffentlichen Auseinandersetzung im 19. Jahrhundert. Speziell in Deutschland entwickelten sich einzelne Organe sogar zu Gravitationszentren der späteren Parteibildung, etwa die *Hallischen Jahrbücher* Arnold Ruges für die Junghegelianer oder Görres und Jarkes *Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland*. Auch wenn eine erschöpfende Auseinandersetzung allein schon aufgrund der Menge der publizistischen Erzeugnisse und der sehr unterschiedlichen Zugriffsmöglichkeiten nicht zu leisten ist, scheint die Einbeziehung wichtiger politischer Periodika unverzichtbar für die Analyse.

Die Suche nach geeigneten Quellen erfolgt zunächst über zeitgenössische Bibliographien (vgl. Mohl 1858: III, 733 ff.; Walther 1854; Pöhlitz 1835). Der Großteil der genannten Werke dürfte künftig allerdings überflüssig werden durch die 2012 von Diethelm Klippel vorgelegte Mammut-Bibliographie „Naturrecht und Rechtsphilosophie im 19. Jahrhundert“, die allein für den Zeitraum zwischen 1780 und 1850 in Deutschland ca. 3.600 Veröffentlichungen nachweist.

Durch die Verfolgung von Fußnoten und Querverweisen innerhalb der untersuchten Texte und mit Hilfe der Literaturverzeichnisse der laut Forschungsstand einschlägigen Werke kann dieses Fundament später möglicherweise nach dem Schneeballsystem über die bislang bekannten Titel hinaus punktuell erweitert werden. Eine grundlegende Neuerschließung des Materials muss die Studie aufgrund des bereits erreichten Erschließungsgrades aber nicht mehr leisten. Der parteientheoretische Quellenkorpus des Untersuchungszeitraums ist bereits gut erschlossen, nur noch nicht unter unserer speziellen Fragestellung durchgesehen.

Im Zuge der Literaturbeschaffung werden in der Feldphase kurze Archiv- und Forschungsaufenthalte nötig sein, um klassische Katalogüberprüfungen der umfangreichen Magazinbestände der Staatsbibliothek Berlin sowie der British Library in London durchzuführen. Dies betrifft vor allem Texte, die weder in digitalisierter Form online zur Verfügung stehen⁵, noch über die hiesige Universitätsbibliothek bzw. im Fernleihverfahren organisiert werden können.

⁵ Siehe vor allem *EEBO* (early english books online) und *ECCO* (eighteenth century collections online). Neben diesen renommierten Katalogen hat in den vergangenen Jahren die Bedeutung von Google Books als Plattform für digitalisierte Dokumente deutlich zugenommen. Dort sind inzwischen eine ganze Reihe gemeinfreier Texte in vollständiger Ansicht abrufbar.

3 Literaturverzeichnis

- ALBERTINI, Rudolf von: Parteiorganisation und Parteibegriff in Frankreich 1789-1940, in: Historische Zeitschrift 193 (1961), S. 529-600.
- ALEMENN, Ulrich von/ ERBENTRAUT, Philipp/ WALTHER, Jens: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden ²2010.
- ALEMANN, Ulrich von: Parteiensysteme im Parlamentarismus. Eine Einführung und Kritik von Parlamentarismustheorien, Düsseldorf 1973.
- ARENDT, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt am Main 1958.
- BACKES, Uwe: Liberalismus und Demokratie – Antinomie und Synthese. Zum Wechselverhältnis zweier politischer Strömungen im Vormärz, Düsseldorf 2000.
- BALL, Alan R.: British Political Parties. The Emergence of a Modern Party System, Basingstoke [u.a.] ²1987.
- BERGSTRÄSSER, Ludwig: Die politischen Parteien in Deutschland, München ¹¹1965.
- BERMBACH, Udo: Bemerkungen zur politischen Theoriegeschichte, in: Politische Vierteljahresschrift 22 (1981), S. 181–194.
- BEYME, Klaus von: Partei, Faktion, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 677-733.
- BOLDT, Hans: Deutsche Staatslehre im Vormärz, Düsseldorf 1975.
- BRANDT, Hartwig: Landständische Repräsentation im deutschen Vormärz. Politisches Denken im Einflußfeld des monarchischen Prinzips, Neuwied und Berlin 1968.
- BREWER, John: Party Ideology and Popular Politics at the Accession of George III., Cambridge 1976.
- BURKE, Edmund: Thoughts on the Cause of the Present Discontents (1770), in: Langford, Paul (Hrsg.), The Writings and Speeches of Edmund Burke, Bd. 2, Party, Parliament and the American Crisis 1766–1774, Oxford 1981, S. 241–323.
- ERBENTRAUT, Philipp: Theorie und Soziologie der politischen Parteien im deutschen Vormärz 1815–1848, Tübingen 2016, i. E.
- ERBENTRAUT, Philipp: Hans Rosenberg und die vormärzliche Parteientheorie, in: Walter Reese-Schäfer und Samuel Salzborn (Hrsg.): Die Stimme des Intellekts ist leise. Klassiker/innen des politischen Denkens abseits des Mainstreams, Baden-Baden 2015b, S. 221-244.
- ERBENTRAUT, Philipp: Ein kritischer Freund der Parteien. Hegels Auffassung der politischen Partei war differenzierter als bislang angenommen, in: Hegel-Studien 48 (2014), S. 95-123.
- EYCK, F. Gunther: English and French Influences on German Liberalism before 1848, in: JHI 18 (1957), S. 313-341.
- FAUL, Erwin: Verfemung, Duldung und Anerkennung des Parteiwesens in der Geschichte des politischen Denkens, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 5, (1964), H. 1, S. 60-80.
- FEHRENBACH, Elisabeth: Vereins- und Parteiengeschichte, in: Dies.: Verfassungsstaat und Nationsbildung 1815-1871, München ²2007, S. 85-104.
- FENSKE, Hans: Der moderne Verfassungsstaat. Eine vergleichende Geschichte von der Entstehung bis zum 20. Jahrhundert, Paderborn [u.a.] 2001.
- FENSKE, Hans: Deutsche Parteiengeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Paderborn [u.a.] 1994.
- FRICKE et al. (Hrsg.): Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, 2 Bde., Leipzig 1968–1970.
- GREIVE, Artur: Französisch „part, partie, parti“. Wort- und Begriffsgeschichte, Bonn 1961.
- GREWE, Wilhelm: Zum Begriff der politischen Partei, in: Um Recht und Gerechtigkeit. Festgabe für Erich Kaufmann zu seinem 70. Geburtstag, Stuttgart 1951, S. 65-82.
- GRIMM, Dieter: Deutsche Verfassungsgeschichte 1776–1866, Frankfurt am Main 1988.

- GUNN, John A. W. (Hrsg.): *Factions no more. Attitudes to party in government and opposition in eighteenth-century England; extracts from contemporary sources*, London 1972.
- HAHN, Hans-Werner/BERDING, Helmut: *Nationalismus und Parteiströmungen 1830-1847*, in: Dies.: *Reformen, Restauration und Revolution 1806-1848/49*, Stuttgart ¹⁰2010, S. 467-503.
- HAUPT, Heinz-Gerhard und KOCKA, Jürgen: *Historischer Vergleich: Methoden, Aufgaben, Probleme. Eine Einleitung*, in: Dies. (Hrsg.): *Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung*, Frankfurt a. M. 1996, S. 9-45.
- HILL, Brian: *The Growth of Parliamentary Parties 1689-1742*, London 1976.
- HUBER, Ernst Rudolf: *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 2: *Der Kampf um Einheit und Freiheit*. 3. Aufl. Stuttgart 1988.
- HUBER, Ernst Rudolf (Hg.): *Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte*, Bd. 1: *Deutsche Verfassungsdokumente 1830–1850*. 3. Aufl. Stuttgart [u.a.] 1978.
- JENNINGS, Ivor: *Party Politics*, Bd. 2: *The growth of parties*, Cambridge 1961.
- KAELBLE, Hartmut (Hrsg.): *Vergleich und Transfer. Komparatistik in den Sozial-, Geschichts- und Kulturwissenschaften*, Frankfurt a. M. [u.a.] 2003.
- KLENK, Friedrich: *Die Beurteilung der englischen Verfassung in Deutschland von Hegel bis Stahl (Vorläufer Stahls)*, Dissertation Tübingen 1932.
- KLIPPEL, Diethelm: *Naturrecht und Rechtsphilosophie im 19. Jahrhundert. Eine Bibliographie 1780 bis 1850*. Tübingen 2012.
- KLUXEN, Kurt: *Das Problem der politischen Opposition. Entwicklung und Wesen der englischen Zweiparteienpolitik im 18. Jahrhundert*, Freiburg [u.a.] 1956.
- KOCKA, Jürgen (Hrsg.): *Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*, 3 Bde., München 1988.
- LANGEWIESCHE, Dieter: *Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4 (1978), S. 324-361.
- LEIBHOLZ, Gerhard: *Das Wesen der Repräsentation und der Gestaltwandel der Demokratie im 20. Jahrhundert*, Berlin 1966.
- LEONHARD, Jörn: „True English Guelphs and Ghibelines“. *Zum historischen Bedeutungs- und Funktionswandel von whig und tory im englischen Politikdiskurs seit dem 17. Jahrhundert*, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 84 (2002), Heft 1, S. 175-213.
- LEONHARD, Jörn: *Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters*, München 2001.
- LLANQUE, Marcus: *Politische Ideengeschichte – Ein Gewebe politischer Diskurse*, München und Wien 2008.
- LOTTE, Günther: „The State of the Art“. *Stand und Perspektiven der “intellectual history”*, in: Frank-Lothar Kroll (Hrsg.): *Neue Wege der Ideengeschichte. Festschrift für Kurt Kluxen zum 85. Geburtstag*, Paderborn [u. a.] 1996, S. 27-45.
- LUHMANN, Niklas: *Zweckbegriff und Systemrationalität. Über die Funktion von Zwecken in sozialen Systemen*, Tübingen 1968.
- MAYRING, Philipp: *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, Weinheim ⁹2007.
- MICHELS, Robert: *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*, Leipzig 1911.
- MOHL, Robert von: *Die Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften*, Bd. 3. Erlangen 1858.
- MÜLLER, Friedrich: *Korporation und Assoziation. Eine Problemgeschichte der Vereinigungsfreiheit im deutschen Vormärz*, Berlin 1965.
- NIEDERMAYER, Oskar (Hrsg.): *Handbuch Parteienforschung*, Wiesbaden 2013.
- NIPPERDEY, Thomas: *Grundprobleme der deutschen Parteigeschichte im 19. Jahrhundert*. In: Gerhard Albert Ritter (Hg.): *Deutsche Parteien vor 1918*. Köln 1973, S. 32-55.
- NIPPERDEY, Thomas: *Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918*, Düsseldorf 1961.
- OSTERHAMMEL, Jürgen: *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München 2009.

- PÖLITZ, Karl Heinrich Ludwig: Kritische Übersicht der neuesten Literatur der Staatswissenschaften. 2 Bde. Leipzig 1835.
- REICHARDT, Rolf: Einleitung, in: Ders./Eberhard Schmitt (Hrsg.): Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680-1820, Bd. 1/2, München 1985, S. 39-148.
- RITTER, Gerhard Albert: Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973.
- ROSENBERG, Hans: Politische Denkströmungen im deutschen Vormärz, Göttingen 1972.
- ROSENBLUM, Nancy L.: On the Side of the Angels. An Appreciation of Parties and Partisanship, Princeton [u.a.] 2008.
- SABINE, George: A history of political theory, London ³1971.
- SABINE, George: What is a Political Theory? In: James A. Could und Vincent V. Thursby (Hg.): Contemporary Political Thought. New York 1969, S. 7–20.
- SCARROW, Susan E.: The nineteenth-century origins of modern political parties: the unwanted emergence of party-based politics, in: Richard S. Katz/William Crotty (Hrsg.): Handbook of party politics, London 2006, S. 16-24.
- SCARROW, Susan E.: Perspectives on Political Parties. Classic Readings, New York 2002.
- SCHIEDER, Theodor: Die Theorie der Partei im älteren deutschen Liberalismus, in: Ders.: Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit, München ³1974, S. 110-132.
- SCHIEDER, Theodor: Möglichkeiten und Grenzen vergleichender Methoden in der Geschichtswissenschaft, in: Ders.: Geschichte als Wissenschaft. Eine Einführung, München 1965, S. 187-211.
- SCHOLZ, Rupert: Krise der parteienstaatlichen Demokratie? „Grüne“ und „Alternative“ im Parlament. Vortrag gehalten vor der Berliner Juristischen Gesellschaft am 20. April 1983, Berlin 1983.
- STOLLEIS, Michael: Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, 3 Bde., Band 2: Staatsrechtslehre und Verwaltungswissenschaft 1800–1914, München 1992.
- STRAUSS, Leo (Hrsg.): History of political philosophy, Chicago 1972.
- TORMIN, Walter: Geschichte der deutschen Parteien seit 1848, Stuttgart 1968.
- TREITSCHKE, Heinrich von: Politik, 2 Bde., Leipzig 1897/98.
- VALJAVEC, Fritz: Die Entstehung der politischen Strömungen in Deutschland 1770–1815, München 1951.
- VOSSLER, Otto: Die theoretische Rechtfertigung des Parteikampfes, in: Carl Joachim Friedrich (Hrsg.): Sprache und Politik. Festgabe für Dolf Sternberger zum sechzigsten Geburtstag, Heidelberg 1968, S. 263–280.
- WALTHER, O. A.: Hand-Lexicon der juristischen Literatur des 19. Jahrhunderts (1854). Nachdruck Hildesheim [u.a.] 1974.
- WENDE, Frank (Hrsg.): Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, Stuttgart 1981.
- WENDE, Peter: Radikalismus im Vormärz. Untersuchungen zur politischen Theorie der frühen deutschen Demokratie, Wiesbaden 1975.
- WILLMAN, Robert: The Origins of ‚whig‘ and ‚tory‘ in English Political Language, in: Historical Journal 17 (1974), S. 247-264.